0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

April 04/2008

Braune Brut in Bremen und Umzu

Am 13.02.2008 haben nachts vier unbekannte Männer am LidiceHaus auf dem Bremer Stadtwerder beträchtliche Schäden angerichtet. Gegen 22:00 Uhr wurde ein dort anwesender Zivildienstleistender durch zerberstendes Glas auf die Männer aufmerksam. Diese bewarfen die Glasscheiben im Eingangsbereich des Lidice Hauses mit Steinen. Hinterher zerstörten sie diverse Scheiben des Transporters mit einem Ziegelstein. Außerdem traten sie einige Beulen in die Karosserie. Den Zivildienstleistenden bewarfen sie auch mit Steinen bevor sie das Weite suchten. Die anschließende Fahndung der Polizei verlief im ausgedehnten Parzellengebiet ergebnislos.
Auch die ehemaligen Räumlichkeiten des LidiceHauses in Bremen-Lesum wurden mit Geschmiere und Steinwürfen „bedacht".

Eine Spaziergängerin teilte der Internationalen Friedensschule Bremen im Gustav-Heinmann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack am 19. Februar mit, dass sie auf der Bahrs Plate in Bremen-Blumenthal Nazi-Schmierereien bzw. Hakenkreuze entdeckt hatte.

Nazis haben in der Nacht zum 19. Februar mit Pflastersteinen die Scheiben des Bremer Infoladens im Viertel eingeworfen. Dabei wurde die gesamte Fensterfront an der St.-Pauli-Straße zerschmettert. Die Täter besprühten die Wände mit „SS-Runen" und mit dem Schriftzug „Combat 18". So nennt sich der militante Arm des im Jahr 2000 verbotenen Nazi-Netzwerkes „Blood & Honour". Die „18" in „Kampf 18", so die Übersetzung, steht für Adolf Hitler. Sie gelten als einer Art bewaffneter Schutz- und Geldeintreibertruppe für „Blood & Honour".
Ähnliche Angriffe und Überfälle kamen schon häufiger vor. *„ ... mit schöner Regelmäßigkeit etwa alle sechs Monate ...“*, so ein Mitarbeiter des Infoladens. Bis jetzt liefen wohl alle Anzeigen ins Leere. Wenn Werder spielt kann es Übergriffe geben, wenn es eine Veranstaltung im Viertel gibt oder es trifft wie zuletzt einen Obdachlosen, der im Eingangsbereich des Infoladens schlief. Zweimal wurde er überfallen - beim zweiten Mal wurde er durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt.

Seit gut einem Monat macht die Bremer Antifa mit ihrer „Ladenschluss"-Kampagne gegen Läden der Bremer Nazi-Szene mobil. Mit Flugblättern wird darauf hingewiesen, dass es in Bremen zwei als „Sportgeschäft" getarnte Läden gibt. Im Faulenquartier ist es der Laden „Sportsfreund" von Marten Ostendorf. Dort werden „einschlägige Nazi-Marken" vertrieben. Auch die anderen Sprösslinge der Familie Ostendorf (Hannes und Hendrik) sind mehrfach durch nazistische Umtriebe aufgefallen.

In der Nacht auf den 19.02. wurde in Osterholz-Scharmbeck das Kulturzentrum angegriffen. Die Nazis, in Auto mit Verdener Kennzeichen, schlugen diverse Scheiben ein und sprühten an die Frontseite „Linke Zentren Angreifen". In der gleichen Nacht wurde ferner das Denkmal für die ehem. jüdische Synagoge in Osterholz-Scharmbeck mit Hakenkreuzen beschmiert. Es ist bereits der zweite Vorfall gegen das Denkmal nach einem Brandschlag im November 2006.

Am 21. Februar wurden nachts in der Uhthoffstraße in Bremen-Vegesack mehrere Fensterscheiben einer „Punk-WG" eingeworfen und Türen und Wände mit Nazi-Schmierereien verunstaltet. Gleichzeitig blockierten die mutmaßlichen Nazis die Eingangstür mit einem Stock, sodass die Bewohner das Haus nicht verlassen konnten.

Bereits am 24. Januar 2008 fand in der Mensa des Gymnasium Ganderkesee ein Vortrag zum Thema „Prävention gegen Rechtsextremismus im Alltag" statt. Der Landespräventionsbeauftragte von Niedersachsen, Gerhard Bücker, sprach zum dem Thema. Die Veranstaltung wurde nach etwa 20 Minuten von einer Gruppe so genannter Autonomer Nationalisten gestört.
Als die Anwesenden verhindern wollten, dass die Nazis Fotos der Teilnehmer machten, wurden sie verbal angegriffen. Der Referent und viele Zuhörer stellten sich den knapp zehn Nazis entgegen. Allein die Rektorin, Frau Dr. Richter, blieb im Hintergrund untätig. Die Polizei erlaubte den Nazis sogar noch die gemachten Fotos zu behalten.

Indes durfte sich der Musik- und Mathelehrer, der im Unterricht des Delmenhorster Gymnasiums an der Willmsstraße Nazilieder singen und den Hitlergruß zeigen lassen wollte, erst einmal krankschreiben lassen. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hat die Ermittlungen eingestellt. Eine Schule sei nun einmal kein öffentlicher Raum. Jetzt wird der Geisteszustand des 42jährigen Beamten auf Probe untersucht. Eventuell wird er entlassen. Vielleicht darf er aber auch anderswo weiter unterrichten und sein Nazigedankengut verbreiten.

Gerold Fleßner

Nachbetrachtungen zu den Landtagswahlen

Was sich am 13. Mai 2007 schon andeutete ist mit den Ergebnissen der drei Landtagswahlen Januar/Februar 2008 bestätigt worden: Die politische Landschaft ist durch den Einzug der Linkspartei in die Parlamente westdeutscher Länder mächtig in Bewegung geraten. Für die außerparlamentarischen Kräfte ist das gewiss positiv. Warum? Weil die Linkspartei und ihre Abgeordneten für Forderungen stehen und sich in den Parlamenten einsetzen, die auch in den vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen gestellt werden. Als einzige fordert sie im Bundestag die Beendigung des Einsatzes deutscher Soldaten in aller Welt und deren Abzug aus Krisen- und Kriegsgebieten. Wie unsere VVN-BdA tritt sie für die Einleitung eines zweiten Verbotsverfahrens gegen die NPD und andere neofaschistische Organisationen und deren Agitation und Aktionen ein. Die Mehrheit der Führungskräfte aller anderen im Bundestag und in den Landesparlamenten vertretenen Parteien scheut davor zurück und duldet damit objektiv die Beibehaltung .....

weiter geht es auf Seite 2

Bunte Bündnisse gegen Rechts

Veranstaltungen laufen nicht immer ganz nach Plan. Der Referent Fabian Virchow war erkrankt, und so folgten die Teilnehmer an der diesjährigen Nordkonferenz am 15. bis 17. Februar 2008 gespannt den Ausführungen Bernd Meimbergs zu vergeblichen Anläufen der NPD-Anhängerschaft, ihre Vorstellungswelt bei der Friedensbewegung anzubringen. Den NPD-Wahlreden und auch den Ausfällen Pastörs nach Einzug in den Mecklenburger Landtag ist zu entnehmen, dass es ihnen um eine Radikalisierung der bestehenden Außenpolitik geht. Kriegseinsätze nicht unter dem Schirm der USA, die USA als globalen Machtfaktor zu bekämpfen (wo doch die weltweite Öffnung der Märkte vor allem von europäischen Konzernzentralen her aggressiv betrieben wurde: die Achse Paris-Berlin-Moskau wird von Teilen der deutschen Konzerne als Gegengewicht zur Dominanz einer Atlantischen Partnerschaft gesehen). Das außenpolitische Bild der NPD ist eurozentristisch ausgerichtet. Der Griff nach den „verlorenen Ostgebieten", die Zerbröselung konkurrierender Nationalstaaten, die Unterstützung separatistischer Bewegungen lassen ihre Orientierung an der Zentraleuropa-Ideologie des Dritten Reiches erkennen. In der folgenden Diskussion wurden vorher nur angedeutete Fragestellungen vertieft. In der Bundeswehr zeigt sich verstärktes Aufgreifen dieser Vorstellungswelt, so in der Rede von General Günzel oder es manifestiert sich im Auftreten von KSK-Soldaten in Afghanistan (Spiel mit den Köpfen). Führende Köpfe der NPD wie Udo Voigt hatten eine Karriere in der Bundeswehr. In den Forderungen der NPD gegenüber Friedensdemos wird deutlich, dass es ihnen um die Unterstützung deutscher Wirtschaftsinteressen geht („kein deutsches Blut für fremde Interessen"). Sie erinnern bei Gedenktagen wie am 13. Februar in Dresden an die alliierten Bombenangriffe und nennen es Völkermord. Sie treten in Prag gemeinsam mit tschechischen Faschisten gegen jüdische Einrichtungen auf. Dem stehen neue, bunte Bündnisse gegen Rechts entgegen.



Bernd Meimberg (r.) bei seinen Erläuterungen auf der Nordkonferenz

Nach der Diskussion sahen wir die Aufzeichnung einer Ansprache von Norman Peach beim Friedensratschlag in Kassel, in der er die Austauschbarkeit der Einsatzkonzepte OEF und ISAF in Afghanistan darstellte.

Am Nachmittag referierte Prof. Dr. Kurt Pätzold zur Vorgeschichte der Machtübertragung an Hitler. Faschismus ist nicht ohne die Lage des Kapitals zu Beginn des 20. Jahrhunderts und den ersten Weltkrieg zu erklären. Macht und Einfluss des Militärs und der Kirchen waren ungebrochen. Verstärkt wird versucht, den Begriff Faschismus auf Italien und Südosteuropa zu beschränken, für Deutschland verbrämt von Nationalsozialismus gesprochen. Vom Wesen her ist es eine gegen Aufklärung und Ideen der Französischen Revolution gerichtete Ideologie, Menschheit und Menschenrecht wird eingeengt auf völkisches Bewusstsein. Es handelt sich um einen extremen Nationalismus mit Expansionsbestrebungen. Weithin wird kolportiert, dass Hitler ja gewählt worden sei.

Am 31.07.1932 erhielt die NSDAP 37% der Stimmen vor allem im Norden, von Ostpreußen bis Oldenburg saßen Nazis bereits in Landesregierungen. Bei beginnendem Rückgang der Krise verloren sie Stimmen. Jetzt begannen führende Kreise der Wirtschaft die Machtübertragung voran zu treiben. Die Konservativen glaubten Hitler in ihre Pläne einbinden zu können. Mit der Machtübernahme wurden jedoch sämtliche Spielregeln außer Kraft gesetzt. In der folgenden Diskussion wurden thematisiert das Verhalten der Polizei gegenüber antifaschistischen Kräften, Zusammensetzung und Basis faschistischer Parteien, die Rolle der Steigbügelhalter, Chancen, die Machtübertragung zu verhindern (nur 130.000 am 22.01.1933 am Karl-Liebknecht-Haus), die Grenzen für einen legalen Weg zur Verhinderung Hitlers (keine Schlussfolgerungen in der Rede von Otto Wels), Lehren für die Arbeit der VVN.
Erfahrungen aus den verschiedenen Landes- und Kreisverbänden unserer Organisation zeigten ein weitgestecktes Feld von Aktivitäten, vom Gedenken zu verschiedenen Ereignissen des Jahres 33, über Ausstellungen, Aufklärungsaktionen über Naziläden zu Kampagnen für Stadtteile, Gemeinden, Orte gegen Rassismus. Wahlkampf-Erfahrungen wurden dargelegt, das Auftreten der NPD in Parlamenten und auf der Straße.

Die nächste Nordkonferenz findet am 27./28. Feb. / 01. März 2009 in Heideruh statt. Nächste gemeinsame Aktivitäten sind die Zuarbeiten zur Gestaltung der Neofaschismus Ausstellung.

Raimund Gaebelein

Nachbetrachtungen .....

..... der Legalität dieser zutiefst verfassungsfeindlichen Kräfte. Uneingeschränkt unterstützt die Linke die Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen in deren Kämpfen für eine sozial gerechte Einkommens-, Steuer-, Gesundheits- und Bildungspolitik und fordert Schluss mit der Begünstigung der großen Kapitalgesellschaften und Vermögen auf Kosten der Steuerzahler.

Gewiss, es gibt in SPD und Grünen nicht wenige Abgeordnete und sogar einige Minister - auch bei uns in Bremen, die Forderungen der außerparlamentarischen Kräfte unterstützen. Nicht gegen sie richtet sich mein Plädoyer. Mein Anliegen und sicherlich das vieler Demokraten, Antifaschisten, Friedensfreunde, Gewerkschaftler ist: Mit der demagogischen Verteufelung der Linken und der damit verbundenen Absage an jegliche aktive Zusammenarbeit mit ihnen Schluss zu machen. Was soll diese, politisch so unglaublich bornierte Haltung? Da wird gesagt, es gehe um Inhalte bei den Fragen von Zusammenarbeit und Bildung von Koalitionen. Steht der SPD in Hessen bei den Bemühungen um die „Ampel-Koalition" die FDP inhaltlich wirklich näher als die Linkspartei? Und in Hamburg den Grünen die CDU? Und was für ein Widersinn ist das, wenn gleichzeitig in Berlin, Schwerin, Sachsen-Anhalt und vor allem auf kommunaler Ebene längst die Zusammenarbeit praktiziert wird.

Ich sag's noch mal, mit den Wahlen sind die Chancen für das Zusammenwirken der antifaschistisch-demokratischen und Friedenskräfte - unabhängig von Parteimitgliedschaft oder Weltanschauung - gewachsen. Sie sollten nicht vertan, sondern genutzt werden.

Herbert Breidbach

Neue Stolpersteine in Bremen!

Am 21. Februar verlegte Gunter Demnig 18 neue Stolpersteine in Findorff, Gröpelingen und Bremen-Nord. Einer dieser Steine erinnert in der Katrepeler Straße 57 an Helmut Strathmann, der auf Grund seiner Homosexualität in Mauthausen ermordet wurde. Friedrich Bebermann (Thielenstraße 46) und Richard Anders (Bersestraße 15) verloren beide ihr Leben in der „Heilanstalt" Hadamar. In der Augsburger Straße 68 wurde im Beisein der Tochter, Hanne Lore Preuß, ein Stein für Irmgard Denker verlegt, die auf Grund einer Schwangerschaftspsychose für geisteskrank erklärt wurde. Fünf Wochen nach der Entbindung von ihrer Tochter wurde sie in der „Heilanstalt" Meseritz/Obrawald ermordet. In der Nachricht an ihre Eltern wurde allerdings als Todesursache Entkräftung angegeben. Barbara Johr las eine von der Tochter verfasste Kurzbiografie Irmgard Denkers vor. Es waren sehr ergreifende Momente, und es war kaum ein Anwesender da, der keine Tränen in den Augen hatte. In Gröpelingen wird mit drei Steinen der jüdischen Familie Platzer in der Gröpelinger Heerstraße 370 gedacht. In Aumund wird mit dem Stein in der Eberthöhe 9 an Margarete Göhner erinnert, die auf Grund von Misshandlungen durch die Gestapo im Gefängnis Blumenthal zu Tode kam. In der Lüder-Clüver-Straße 49 wird mit den Steinen des Ehepaares Herz gedacht, welches nach Theresienstadt deportiert und in Treblinka ermordet wurde. Schüler einer Bremen-Norder Schule lasen selbst erdachte Briefe vor, so wie sie es sich vorstellten, was das Ehepaar an ihre beiden Kinder, die ausgewandert waren, geschrieben haben könnte. Am Haus in der Lüder-Clüver-Straße 26, das bis zur Enteignung durch die Nazis dem jüdischen Anwalt Ludwig Cobliner gehörte, wurden sieben Steine verlegt. Sie erinnern an die Familien Levy und Hahn, die in Minsk ermordet wurden, und an Ludwig Cobliner selber, der in Neuengamme umkam. Am Alten Kamp 9 liegt ein Stein für Georg Gloystein, der wegen seiner Wehrdienstverweigerung 1940 im Zuchthaus in Brandenburg hingerichtet wurde.



Gunter Demnig bei der Verlegung der Stolpersteine

Es wäre zu wünschen, dass an den Verlegungen der Stolpersteine mehr Menschen, besonders Schüler, teilnehmen würden. Durch die Berichte zu jedem einzelnen Stein könnte ihnen deutlicher gemacht werden, dass so etwas nie wieder passieren darf, denn Faschismus ist ein Verbrechen und keine Meinung.

Marion Bonk

Sielers Ballhaus im Blick der Öffentlichkeit

Geschichtswerkstatt erinnert an die Bedeutung der Ballhausfassade im neuen Einkaufcenter

„Warum hat man das alte Gemäuer nicht gleich mit abgerissen?" mag sich so mancher Spaziergänger fragen, der neugierig den täglichen Baufortschritt des neuen Einkaufcenters in der Lindenhofstraße beobachtet. Gemeint ist die über 100 Jahre alte Fassade von Sielers Ballhaus, die aufgrund der Bestrebungen der Gröpelinger Geschichtswerkstatt und eines Beschlusses des Stadtteilbeirates nun erhalten bleibt und einer der Haupteingänge für das Center werden soll.

Das Gebäude wurde um die Jahrhundertwende 1899/1900 von Ferdinand Sieler gebaut und war zunächst unter dem Namen „Feenpalast" und später als „Burg Hohenzollern" schon bald eines der beliebtesten Ausflugslokale im kaiserlichen Gröpelingen. Im Saal fanden Theateraufführungen statt, hielten Vereine ihre Versammlungen ab und feierten ihre Vereinsjubiläen. Auch politische Tagungen der Parteien wurden hier durchgeführt, da Versammlungen unter freiem Himmel verboten waren. Der Arbeitersportverein (heute TURA) veranstaltete seine Turnübungen im Saal und reisende Lichtspieltheater zeigten hier ihre ersten Stummfilme. Jedes Wochenende aber traf man sich nachmittags im Cafegarten zum „Kaffeesieren" und abends im Saal zum Tanzen.

Im ersten Weltkrieg wurden vorübergehend Marinesoldaten in dem Ausflugslokal einquartiert, aber mit dem Beginn der Räterepublik und später der Weimarer Republik wurde der Betrieb von „Oma Sieler", der Witwe des verstorbenen Gründers, unter dem Namen „Sielers Ballhaus" neu aufgenommen. Schon bald tanzte man wieder im Saal und so manche Gröpelinger Eheschließung fand hier ihren Beginn. Mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus fanden im Auflugslokal bald auch handfeste Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und den Gröpelinger Arbeitern statt, die meist in der SPD oder in der KPD organisiert waren. Es soll hierbei zu regelrechten Saalschlachten gekommen sein. Mit Beginn der Rüstungsproduktion auf der AG-Weser verkaufte Sophie Sieler 1940 das Lokal an die Kriegsmarine. Erneut benutzten Marinesoldaten den Ballsaal als Schlafsaal. Während der schweren Bombenangriffe der Alliierten auf den Bremer Westen wurde das Gebäude schwer zerstört, nur die Fassade blieb erhalten.

Nach dem Krieg wurde das Gebäude von den Amerikanern beschlagnahmt und einer Gruppe von ehemaligen KZ-Häftlingen als Entschädigung für das ihnen von den Nazis zugefügte Unrecht übereignet, unter ihnen der vor wenigen Jahren verstorbene KPDler Willy Hundertmark. Die neuen Besitzer gründeten eine Genossenschaft, bauten den zerstörten rückwärtigen Teil des Gebäudes mühsam Stein für Stein wieder auf und gaben dem ehemaligen Ballhaus den Namen „Robert-Stamm-Haus", nach einem in Bremen aktiven kommunistischen Reichstagsabgeordneten, der von den Nazis umgebracht worden war. Im Zuge des Verbots der KPD in der Adenauer-Ära wurde die Genossenschaft widerrechtlich enteignet und das Gebäude ging wieder in Staatsbesitz über. Wegen dieser vergessenen Nachkriegsgeschichte hat sich inzwischen eine vielbeachtete Arbeitsgruppe um den Gröpelinger Arzt Joachim Streicher gebildet, der auch Mitglied der Geschichtswerkstatt ist.

Die Geschichtswerkstatt Gröpelingen e.V. ist sehr darum bemüht, die Erinnerung an Sielers Ballhaus im Rahmen des neuen Einkaufcenters wach zu halten und hat bereits den Investor in einem Schreiben um Unterstützung gebeten.

Günter Reichert

Völkermord in Ostgalizien

Im Mittelpunkt steht die Ermordung von 52 polnischen Hochschullehrern, Familienangehörigen und Bediensteten in Lemberg durch Mitglieder der SS-Einsatzgruppe zur besonderen Verfügung Juli 1941. Vorgeschichte und Täterbiographien weisen zurück auf den Überfall auf Polen. Damit sollten die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die bereits in „Mein Kampf" niedergelegte Zielstellung „Erweiterung des Lebensraums im Osten" geschaffen werden. Generalstabschef Halder notierte in sein Kriegstagebuch: rücksichtslose Entschlossenheit, Vernichtung Polens, Mittel gleichgültig, hart und rücksichtslos. Mit den Einsatzgruppen aus Geheimer Staatspolizei, Kriminalpolizei und Sicherheitsdienst entwickelte der stellv. Leiter des Gestapo-Amtes Dr. Werner Best den Massenmord als Mittel zur Problemlösung. Ziel war die Unterbindung jeder Tätigkeit deutschfeindlicher Bestrebungen, rücksichtslos und durch Exekution Verdächtiger. 2.700 Mann in feldgrauer Uniform und SS-Raute hatten die Aufgabe, mit der Vernichtung der polnischen Intelligenz - Lehrer, Anwälte, Richter, Ärzte, Offiziere, Adel und Geistlichkeit - den befürchteten Widerstand zu brechen. Binnen vier Monaten wurden nach vorsichtigen Schätzungen 60.000 bis 80.000 Polen und Juden ermordet. Die mutmaßlichen Täter waren zwei Jahre später Haupttäter des Völkermordes in Ostgalizien, dem rund eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen. Juden wurden systematisch in Ghettos im Generalgouvernement umgesiedelt. Das zentralpolnische Gebiet diente als Vorratslager und Aufmarschbasis für die Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion. Eine Million Arbeitssklaven waren für das Reich bereitzustellen. Die Führer dieser „außerordentlichen Befriedungsaktionen" verlagerten ihr Betätigungsfeld nach dem Überfall auf die Sowjetunion Ende Juni 1941 nach Ostgalizien. Beim Eintreffen der Wehrmacht in Lemberg wurde die männliche jüdische Bevölkerung in die Gefängnisse gebracht und misshandelt. Wie schon vor der zwischenzeitlichen Besetzung durch die Rote Armee 1939 hatte auch nach ihrem Abzug das Ukrainische Nationale Komitee für wenige Tage die Gewalt an sich gerissen. Noch Monate vor der Wannseekonferenz wurde systematisch der jüdische Bevölkerungsanteil ganzer Ortschaften ermordet. Statistiken sprechen von 24.000 Toten in Ostgalizien. Ohne Unterstützung durch die Zivilverwaltung hätte die Todesmaschinerie nicht funktioniert. Am 5.7.41 wurden in Lemberg 52 Hochschullehrer, ihre erwachsenen Söhne, Frauen, Bediensteten aus den Häusern geholt und erschossen. Unterstützt wurden die „Einsatzgruppen zur besonderen Verfügung" dabei von Wehrmacht, Schutzpolizei, Polizeibataillonen und ukrainischer Hilfspolizei. Systematisch rekonstruiert Dieter Schenk die Ereignisse anhand von Briefen, amtlichen Schreiben, Tagebüchern, Schriftsätzen und gerichtlichen Gutachten. Er zeigt die Karrieren der beteiligten Täter auf und die Laffheit, mit der bundesdeutsche Gerichte die strafrechtliche Verfolgung in den Jahrzehnten nach dem Krieg angingen. Schenk kommt zu der Überzeugung, dass *„die Hamburger Strafverfolgungsbehörde so gut wie alles (unterließ), sie zu überführen."*

Dieter Schenk, Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2007, 308 S., 22 EUR, ISBN 987-3-8012-5033-1

Raimund Gaebelein

KZ Mißler

Nach dem Reichtagsbrand vom 27./28. Februar und den Reichstagswahlen vom 05. März 1933 erfolgten Massenverhaftungen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Das Polizeigefängnis am Ostertor und die SA-Verhörstätten wie das Gosselhaus waren bald überfüllt, sodass als Ausweichort die früheren Auswandererhallen in Findorff dienen mussten. Am 01. April wurden 100 so genannte Schutzhäftlinge ins KZ Mißler eingeliefert, 45 weitere folgten in den beiden Wochen danach. Unter Führung des SS-Sturmbannführers Otto Löblich (des Mörders von Johann Lücke) sollten die verhafteten Arbeiterfunktionäre im nationalsozialistischen Sinne „umerzogen" werden - mit sadistischen Folterungen, Prügeln mit Gummiknüppeln und Schlägen mit Karabinerkolben. 60jährige Männer mussten nachts in Hemd und Hose Freiübungen machen, mit Bürgersteigplatten in den Händen. Dabei mussten sie robben und die tierischen Laute der Stadtmusikanten nachahmen. Dutzende Male wurden Gefangene nachts von ihren Pritschen hochgerissen, blutig geschlagen und vernommen. Sie wurden auf Schemel gestellt und mussten singen. Wurden sie bewusstlos, wurden sie mit Wasser übergossen und erneut verhört. Am 20. April, so erzählte Johann Onasch später vor Gericht, seien die Gefangenen durch eine Prügelgasse betrunkener SS-Männer gejagt worden. Selbst dem bremischen Polizeisenator Laue war diese Art von „Umerziehung" zu heftig. Waren die Inhaftierten doch schon bei ihrer Verhaftung auf die gleiche Weise „verhört" worden. Der SS-Sturm wurde Anfang Mai abgelöst durch die SA unter Führung Göbels. Nach einer verhältnismäßig ruhigen Anfangszeit seien Gefangene erneut getreten und geschlagen worden. Die Bevölkerung der anliegenden Straßen und Angehörige erhoben immer heftigeren Protest, sodass die Behörden die Gefangenen im September 1933 in die Laderäume eines Schleppkahns des Norddeutschen Lloyd (Lloyd-Kahn 86, Lager Ochtum-Sand) und nach Lang-Lütjen überführten, einem alten Fort an der Wesermündung. Sechs Meter unter dem Meeresspiegel mussten sie schwere Sand- und Baggerarbeiten in der Alltagskleidung ausführen. Die Verantwortlichen für diese Missetaten wurden im April 1951 wegen Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen acht Monaten und 25 Jahren verurteilt. Internierungszeit und Arbeitslager wurden voll auf die Strafen angerechnet.

Raimund Gaebelein

An das Jux.de-Team

Ich möchte Euch bitten, die Gruppe „Ich bin national..." umgehend aus dem Netz zu nehmen, Kripo und Staatsanwaltschaft zu informieren und Strafanzeige wegen Volksverhetzung zu stellen. Aus meinem Freun- deskreis wurde ich gestern in Kenntnis gesetzt, dass auch sie von diesem Netzwerk angegangen wurden. Ich habe mir die Einträge durchgesehen und kann nur unterstreichen, dass Hauptbeiträge nicht nur Meinungen kundtun, sondern in starkem Maße Volksverhetzung betreiben mit rassistisch und antisemitisch geprägten Behauptungen, Werbung wird betrieben für den faschistischen Ku-Klux-Clan in Deutschland. Andre Faberge schreibt, man sei Deutscher kraft Abstammung, sonst nicht, kein Jude, Moslem, Schwarzer oder Andersgläubige könne deutsch sein, Rauschgifthandel werde (ausschließlich?) von schwarzen Asylanten betrieben, Gewaltkriminalität gehe überwiegend von Ausländern aus, es sei Pflicht für jeden Moslem Ungläubige zu töten, er sei gegen ein Wischiwaschi und verweist auf die Internetseite der Weißen Ritter Europa, also des Ku-Klux-Klan. In dem Sportstudio, in dem er arbeite, trainierten auch Türkinnen. Das einzige, was er dazu zu sagen weiß, ist, dass sie stänken. Auch an dieser Stelle ruft er auf, die Ku-Klux-Klan-Seite aufzurufen. Die Deutschen ließen sich zuviel gefallen. Affekttaten werden verallgemeinert (Sascha, Karsten Höhn), Türken seien rauszuwerfen (Alexander Alex), scheinbar aufrechte Nationalisten würden eingesperrt (Oliver), die Bundeskanzlerin als Volksverräterin bezeichnet (Katrin Taut). An dieser Stelle häufen sich Antworten, man solle nicht zu sehr in Einzelheiten gehen, nicht Veranstaltungen und Orte nennen, Verschwörungstheorien werden hochgekocht. Es gibt einige sehr positive Gegenmeldungen auf der Seite, die jedoch vergeblich gegen den hier herrschenden Rassismus angehen. Diese Seite hat keinen Platz bei Jux.de.

Raimund Gaebelein (Schreiben an die Betreiber eines Internet-Forums)

Gedenkort zu versteigern?

Große Empörung lösen in Bremen Pläne der Bundeswehr aus, den U-Boot-Bunker „Valentin“ zum Verkauf anzubieten. 1943-45 starben auf der Bunkerbaustelle rund 3.500 KZ-Häftlinge an Entkräftung oder wurden erschlagen, zu Tode getreten oder in den Beton gestoßen. 10-12.000 Menschen aus allen von der Hitlerwehrmacht besetzten Ländern Europas mussten tagtäglich auf dieser Baustelle Sklavenarbeit leisten, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, viele von ihnen nach einem täglichen Anmarsch von 4,5 km. Erst Ende Juni letzten Jahres eröffnete der Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums im Bunker eine Ausstellung über den Denkort Lagerlandschaften und Bunkerwelt, über Ursache und Hintergründe für die Bunkerplanung, Verschleppung von Abertausenden von KZ-Häftlingen, Lebensbiographien und Perspektiven für eine Erinnerungskultur. Die Bundesmarine nutzt große Teile des Bunkers als Materialdepot, wird sich aber in zwei Jahren da rausziehen. War es seit vielen Jahren möglich, das zu Kriegsende durch Bomben teilweise zerstörte hintere Drittel des 451 m langen, 80 m breiten und 15-27 m hohen Bunkers zu besichtigen, so ist das aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich. Aber auch die sehenswerte Ausstellung im Mittelteil des Bunkers ist seit dem Wechsel des Standortkommandos nur nach Durchlaufen einer Sicherheitsprüfung möglich und am Wochenende bis auf vier Ausnahmen schon gar nicht (der Brandschutz ist nicht gewährleistet). Bremen ist nicht in der Lage die auf 700.000 Euro jährlich veranschlagten Unterhaltungskosten alleine zu tragen, die Bundeswehr möchte sich ihrer Verantwortung entziehen, der Kulturstaatssekretär winkt ab. In Bremen gibt es bislang keine Gedenkstättenstiftung, ohne regelmäßigen Bundeszuschuss ist der Verfall der einzigen vollständigen Bunkeranlage in Deutschland abzusehen. Bürgermeister Jens Böhrnsen appellierte an den Bund, seine Verantwortung zu übernehmen. Das Verkaufs-Angebot im Internet enthält nicht einen Hinweis auf die Vergangenheit und Bedeutung des menschenvernichtenden U-Boot-Bunkers. Als antifaschistische Organisation befürchten wir das völlige Vergessen faschistischer Verbrechen, KZ-Haft und Zwangsarbeit. Statt den Bunker langsam dem Verfall preis zu geben, sollte die Bundesrepublik die notwendigen Mittel in einer gemeinsam mit der Wirtschaft gestalteten Stiftung aufbringen.

Raimund Gaebelein

Kriegsflugzeuge zu bauen, ist ein Verbrechen

Das Rüstungsunternehmen EADS hat zusammen mit Airbus und Northrop Grumman von der US-Regierung einen 36 Milliarden Dollar Produktionsauftrag für 179 Tankflugzeuge erhalten. Darüber brechen Politiker, Manager, Aktionäre, Kapitalisten und fast alle Medien in Jubelgeschrei aus. Nicolas Sarkozy verzeichnet einen *„historischen Erfolg“*, Angela Merkel *„einen Riesenerfolg für die europäische Luftfahrtindustrie“*, EADS-Chef Gallois *„einen Quantensprung für das amerikanische Verteidigungsgeschäft“*. Im Bremer EADS-Werk soll die Flügelausrüstung gebaut werden.
Die Repräsentanten des Militärindustrie-Komplexes (MIK) freuen sieh natürlich, geht es doch ums Geschäft und damit um Profit. Dieser „Rüstungscoup“ ist in Wahrheit ein Verbrechen an der Menschheit. Die Tankflieger ermöglichen nämlich Bombenkrieg in allen Weltregionen. Schon vor 60 Jahren mordeten Bomberpiloten Menschen, vor allem Zivilisten, in Coventry und Dresden, heute in Jugoslawien, Afghanistan und Irak.
Außerdem verschwenden „unsere‘“ Regierungen Milliarden Dollar und Euro. Die wären menschlicher für Soziales und Bildung, also für Kinder und Kranke, und für Menschen in der Dritten Welt ausgegeben.

Dazu ein Beispiel, wieder aus der EADS-Produktion: „Unsere“ Regierung hat 60 Militär-Airbus für neun Milliarden Euro geordert. Mit dieser Geldsumme könnten 6.500 Kindergärten entstehen.

Ernst Busche

15 Jahre Nordkonferenz

Am letzten Oktoberwochenende des Jahres 1993 trafen sich erstmals 18 Kameradinnen und Kameraden aus Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen zum Gedankenaustausch im Wohn- und Ferienheim Heideruh. Im Mittelpunkt dieses Dialoges stand die Frage, wie wir gemeinsam der neofaschistischen Gefahr im Norden entgegentreten könnten. Das Treiben der DVU-Fraktionen in Schleswig-Holstein und Bremen wurde unter die Lupe genommen. Der Bedarf an Erfahrungsaustausch war sehr hoch und es wurde verabredet künftig einmal im Jahr an einem Wochenende zusammenzukommen. Bundesweit wurde diese regionale Bildungsveranstaltung anfangs mit kritischen Augen betrachtet. Geargwöhnt wurde, dass hier vielleicht eine Gegenveranstaltung zu den Bundesvorstands-/Ausschusssitzungen entstehen sollte. Unser verstorbener Bundesvorsitzender Fred Dellheim konnte sich überzeugen, dass hier an keinerlei eigenständige organisatorische Strukturen gedacht war, sondern dass in Heideruh ein produktiver Meinungsaustausch stattfand, mit dem Ziel, die konkrete Arbeitsweise der noch sehr unterschiedlichen Landesverbände kennenzulernen und so die bundesweite Annäherung der antifaschistischen Verbände zu unterstützen. Die Nordkonferenzen folgten schließlich dann doch nicht so schnell aufeinander.



Mit dabei waren bei der 6te Nordkonferenz, 1999, u.a. Thomas (Mitte stehend), Jürgen (Mitte sitzend) und Regine (l.).

Zwischen Februar 1996 und Ende Januar 2001 fanden Nordkonferenzen in größerem Abstand statt. Erst seit 2001 treffen wir uns jedes Jahr im Februar oder März in Heideruh. Zu den Referenten zählten Thomas Willms, Ludwig Elm, Hugo Rübesamen, Günther Hoffmann, Kerstin Kotliz, Mathias Brodkorb und Kurt Pätzold. Die Themenwahl umfasste aktuelle Gegenbewegungen zu neofaschistischen Aktivitäten, die Auseinandersetzung im Friedenskampf, Fragen der aktuellen antifaschistischen Arbeit, Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit im Zusammenhang mit örtlichen und regionalen Aktivitäten.
15 Jahre Nordkonferenz, das bedeutet 13mal regionale antifaschistische Bildungsarbeit und Selbstverständigung.

Wilhelm Henkel

Katz und Maus-Spiel statt politischer Auseinandersetzung

Kritik am Bericht „Außer Kontrolle“ im März-BAF

Herbert Breidbachs Forderung, wir sollten „unser Schwergewicht weiter auf die Erzeugung von politischem Druck auf die Kochs, Schäubles und Konsorten richten“ unterstütze ich. Den Artikel „Ausser Kontrolle - Out of Law Control“ halte ich für ein wirkungsloses Konzept gegen Neonazis und NPD. Unsere Gegner sind nicht die Wanderkessel und die Rollkommandos der schwarz Uniformierten oder die Hundestaffel und Reiterschwadronen. Ich meine unsere Hauptgegner sind die Kräfte und Organisationen, die Rassismus, Neofaschismus, Rassenhass und Antisemitismus propagieren. Diese Haltung finden wir z.B. auch in bürgerlichen Parteien und bei Gewerkschaftern. Dort sahen wir die Parolen „das Boot ist voll“ oder „Kinder statt Inder“. Die Kampagnen von Schäuble, Huber, Beckstein oder die von Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft haben mindestens soviel Fremdenhass geschürt, wie NPD oder Worch, Rieger und ähnliche dunkle Figuren. Eine Frage ist also: Wie steht es in Bremen um CDU, Polizei, Arbeitsagentur und Sozialamt? Den Bremer Innensenator müssten wir ebenfalls beobachten.

Abschließend will ich nur sagen, ich habe an vielen Aktionen teilgenommen. Wichtig war immer, dass wir viele Menschen auf die Beine brachten und nicht, dass wir eine straff organisierte Truppe waren.

Ernst Busche

Termin

Mittwoch, 09. April, um 19:30 Uhr

Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe „Ladenschluss“

Bereits im Herbst des letzten Jahres hatte das „Bündnis gegen Rechts“ begonnen, sich mit dem Laden „Sportsfreund“ in der Faulenstraße auseinander zu setzen. Bundesweit ist ein Ring mit Sportbekleidungsgeschäften, Buchhandlungen/Plattenläden, Musikvertrieb entstanden, der versucht, naziorientierte Lebenswelten in die Gesellschaft einzubringen, Akzeptanz zu erringen und eine Existenzgrundlage für Personen dieser Szene zu schaffen und Geld für ihre Aktionen zu erwirtschaften.
Mit einer Veranstaltungsreihe „Ladenschluss“ soll auf die verschiedenen Formen neofaschistischer Lebensstilkonzepte aufmerksam gemacht werden. Für Mittwoch, 09. April, ist um 19:30 Uhr eine Auftaktveranstaltung geplant.

Ort: Nachbarschaftshaus „Helene-Kaisen“, Beim Ohlenhof 10
Veranstalter: Bündnis gegen Rechts

Geschichtspfad Langemarckstraße

Der vom Stadtteilbeirat Neustadt gebildete Arbeitskreis hat in einem Flyer auf die historische Vergangenheit der Langemarckstraße hingewiesen. Der Arbeitskreis hatte sich Überlegungen gemacht Unterstützer für die Planung eines Geschichtspfades zu bekommen. Es wurden Persönlichkeiten, Institutionen, Vereine und Gewerkschaften mit einem Brief und dem Flyer angesprochen. 20 Persönlichkeiten, Institutionen, Theater und Gewerkschaften sind inzwischen bereit, genannt zu werden. Dabei sind u.a. der DGB, zwei Einzelgewerkschaften, die Kulturkirche St. Stefani, die Jüdische Gemeinde Bremen und das Schnürschuhtheater. Im Herbst ist eine Zukunftswerkstatt geplant. Für die Teilnahme werden verschiedene Akteure, darunter Lehrer, SchülerInnen, und Künstler eingeladen. Es sollen kreative Ideen, Vorschläge usw. für die Umsetzung des Geschichtspfades diskutiert und entwickelt werden. Die Teilnehmer des Arbeitskreises erwarten eine rege Beteiligung, und hoffen auf großen Zuspruch.

Ingeborg Breidbach

Termin

Montag, den 31. März, um 15:00 Uhr

Forschungsbericht über ‚Lebensgeschichten und die Geschichte der Juden in Bremen‘ mit **Rolf Rübsam**

Seit vielen Jahren betreibt Rolf Rübsam, Lehrer und Historiker aus Bremen-Lesum (Die Brombergers (1992) und Kinder dieser Stadt (2005) im Donat-Verlag, Bremen), historische ‚Spurensuche‘, damit die Lebensgeschichten der jüdischen Opfer des NS-Regimes in Bremen in die öffentliche Erinnerungskultur aufgenommen werden.

Ort: Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack (Keller-ARCHIV)
Veranstalter: Internationale Friedensschule Bremen

www.vvn-bda.de

“Der Bremer Antifaschist”, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14 - Fax: 0421/38 29 18

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Unterstützung uneser Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ______________________
Straße ______________________
PLZ, Ort ______________________
Bremen, den ______________________